



RüstungsInformationsBüro

Informationsportal zu Rüstungsproduktion und Export

www.rib-ev.de



Pressemitteilung der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch

Heckler & Koch-Hauptversammlung: Kritische Aktionär*innen prangern verfehlte Geschäftspolitik an

- Verurteilung wegen illegaler Waffenexporte, interne Querelen und drohende Pleite: Krisengeschüttelter Waffenhersteller kommt nicht zur Ruhe
- „Kritische Aktionär*innen Heckler & Koch“ fordern konsequente Umsetzung der „Grüne-Länder-Strategie“ und sofortigen Stopp aller umstrittenen Altverträge
- Das Heckler & Koch-Desaster ist Ergebnis einer völlig verfehlten Geschäftspolitik – „Kritische Aktionär*innen Heckler & Koch“ fordern Nichtentlastung des Vorstands

Freiburg/ Stuttgart/ Köln, den 11. Juli 2019. Anlässlich der morgigen Hauptversammlung der Heckler & Koch AG fordert das Bündnis der „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ eine konsequente Umsetzung der „Grüne-Länder-Strategie“, die mit dem sofortigen Stopp aller umstrittenen Altverträge einhergehen muss. Heckler & Koch-Waffenlieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten darf es nicht mehr geben.

Master of Desaster

„Das Geschäftsjahr 2018 hat sich für Heckler & Koch zu einem Desaster ohnegleichen entwickelt: Das Finanz- und Aktienkursdesaster führte das Unternehmen an den Rand der Pleite. Arbeitnehmer müssen – vielfach wider Willen – unentgeltlich länger arbeiten. Kein Wunder, dass sich das Personalkarussell immer schneller dreht. Dass Aufsichtsratschef Dieter John seinen Platz für Ex-General Harald Kujat räumen muss, ist der verzweifelte Versuch, den G36-Nachfolgeauftrag doch zu ergattern – und sei es über puren Lobbyismus“, kritisiert Jürgen Grässlin für die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“.

„All diese Fehlsteuerungen und Fehlentwicklungen sind das Ergebnis eines fundamentalen Strategiedesasters. Denn sowohl Vorstand als auch Aufsichtsrat haben es erneut versäumt, die Weichen hin zur Rüstungskonversion, der Umstellung auf eine sinnvolle nachhaltige zivile Fertigung, zu stellen. Stattdessen wird mit H&K-Waffen weiter weltweit gemordet: beispielsweise in Mexiko, in Brasilien, in der Türkei und von Saudi-Arabien im Jemen-Krieg. Auch die Zusage, statt des geforderten Opferfonds einen vergleichbaren Sozialfonds zu schaffen oder zu finanzieren, wurde offenbar nicht eingehalten“, so Grässlin, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros, Bundessprecher der DFG-VK und von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. „Wenn es Heckler & Koch mit seiner ‚Grüne-Länder-Strategie‘ wirklich ernst meint, dann müssen umgehend alle noch bestehenden Altverträge mit ‚roten‘ und ‚gelben‘ Staaten gestoppt werden“, so Grässlin weiter.

Mitverantwortung für Exportfolgen anerkennen

Die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ werden auch in diesem Jahr die Verbindung zwischen illegalen G36-Exporten nach Mexiko und den Verbrechen im Fall Ayotzinapa in der Hauptversammlung zum Thema machen. Am 21. Februar 2019 wurde vom Landgericht Stuttgart das Urteil im Heckler & Koch-Prozess verkündet. Es stellte fest, dass tausende G36-Gewehre illegal nach Mexiko exportiert wurden. Diese Waffen kamen auch bei Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten zum Einsatz – wie der Fall Ayotzinapa zeigt. „Die fatalen Konsequenzen von Kleinwaffenexporten in den Empfängerländern dürfen nicht in Vergessenheit geraten – weder im Fall Ayotzinapa, noch bei weiteren Heckler & Koch-Exporten in die Krisenregionen dieser Welt“, fordert Charlotte Kehne. Daher müsse das Unternehmen endlich eine Mitverantwortung für die Folgen solcher Exporte anerkennen.

Kritik an Expansion in die USA

Einen weiteren Kritikpunkt sieht die Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben und Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ in der Expansion von Heckler & Koch in die USA. „Schusswaffen sind die Ursache für über die Hälfte aller gewaltsamen Tode in den USA. Vor diesem Hintergrund ist die Belieferung des sogenannten US-Zivilmarktes bereits beunruhigend genug. Hinzu kommt die Sorge, dass der US-Standort als Hintertür für den Export von Heckler & Koch-Kleinwaffen in ‚nicht-grüne‘ Länder genutzt werden könnte, zum Beispiel nach Lateinamerika. Hier werden wir beim Vorstand ganz genau nachhaken“, so Kehne.

Die „Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch“ nutzen nun bereits zum dritten Mal ihr Rede- und Fragerecht, um Vorstand und Aufsichtsrat des Kleinwaffenherstellers mit ihrer Kritik zu konfrontieren und Nachfragen zur Geschäftspraxis zu stellen.

Gegenantrag von Jürgen Grässlin für die Kritischen Aktionär*innen, siehe auch <https://www.heckler-koch.com/de/ir/ir-mitteilungen.html>

Vor, während und nach der Hauptversammlung stehen Mitglieder der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch Pressevertreter*innen für Nachfragen und Interviews gerne zur Verfügung.

12. Juli 2019, ab 08:00 Uhr vor dem Restaurant „Badhaus“ (Veranstaltungssaal)

Neckartal 167, 78628 Rottweil, wo eine Aktion in Gedenken an die Opfer der Heckler & Koch-Waffenexporte vor Beginn der Hauptversammlung stattfinden wird.

Pressekontakte:

- **Jürgen Grässlin**, RIB e.V., DFG-VK, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Mob.: 0170-6113759, jg@rib-ev.de, www.rib-ev.de, www.gn-stat.org, www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de
- **Charlotte Kehne**, Ohne Rüstung Leben, „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, Tel.: 0711-62039372, Mob.: 0162-5784235, orl-kehne@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de
- **Michael Schulze von Glaßer**, Politischer Geschäftsführer der DFG-VK, Mob.: 0176-23 57 52 36, svg@dfg-vk.de, www.dfg-vk.de